

müßten die Ortsbehörden die Verluste bescheinigen können. —

Bekanntlich hatte die preussische Regierung eine Anleihe im Betrage von 60 Millionen von den Abgeordneten verlangt und dabei die Kosten des Krieges auf 108 Millionen angegeben. Die Commission, die über die Anleihe zu berathen hatte, ist zu dem Beschlusse gekommen, dem Hause die Verwerfung der Anleihe zu empfehlen, da nach Prüfung der Vorlagen die Regierung bloß 30 Millionen brauche. Der Finanzminister war aber damit durchaus nicht zufrieden und verlangte allein 22 Millionen zur Füllung des Staatschazes, der für unvorhergesehene Fälle die besten Dienste leiste. Die Abgeordneten werden nächstens darüber zu entscheiden haben. —

Sämmtliche preussische Feldwebel, welche auf dem Schlachtfelde das Offizierspatent sich erworben haben, erhalten ein königliches Geschenk und zwar jeder von 200 Thlr., um sich damit die Offiziersuniform anzuschaffen.

Das preussische Herrenhaus ist ungehalten darüber, daß im Abgeordnetenhaus der Friede wieder hergestellt ist. Man hätte es lieber gesehen, wenn der Conflict noch länger fortgedauert hätte. Bei jeder Gelegenheit lassen nun die Herren ihren Groll merken, haben die Aufhebung der Buchergesetze nicht genehmigt und drohen, auch noch in anderen Dingen einen Strich durch die Rechnung zu machen. Als in diesen Tagen Graf Bismarck ein Mittagessen gab, wurden außer den Ministern nur die Präsidenten und die hervorragendsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses eingeladen. Darüber schüttelten die Herren auch den Kopf.

Dem Herrenhause lagen kürzlich die Annexionen zur Beschlußfassung vor. Vor Beginn der Debatte protestirte das Mitglied, Freiherr v. d. Busche-Streithorst (königlich hannoverscher Kammerherr zu Thale bei Quedlinburg) gegen die Beschlußfassung. Derselbe äußerte: „Ich kann ein sogenanntes Eroberungsrecht nicht anerkennen, ich kann das Recht, deutsche Fürsten von Land und Leuten zu vertreiben und ihnen die Selbstständigkeit zu nehmen, nicht anerkennen. Ich kann daher auch dem preussischen Landtage, wie diesem hohen Hause das Recht nicht einräumen, über die im vorliegenden Gesetzentwürfe aufgeführten Länder zu beschließen. Ich bin infolge meines Grundbesitzes gleichzeitig Preuze und Hannoveraner und habe gleichmäßig dem Könige von Preußen und dem Könige von Hannover den Huldigungseid geleistet. Ich protestire daher vor Gott und diesem Hause gegen die projectirte Einverleibung. Ich weiß, daß, wenn Hannover jetzt der Gewalt weichen muß, es nie aufhören wird, seinem angestammten Herrscherhause treu zu bleiben und auf Gott zu vertrauen, der Hilfe zu rechter Zeit gewähren wird.“ Der Oberbürgermeister von Magdeburg, Haselbach, erwiderte darauf, daß Hannover in dem Falle, wenn Benedek in Berlin eingezogen wäre, gewiß nicht so gesprochen haben würde. —

In Wien ist eine Brochüre erschienen, worin

dem Commandanten der badischen Armee, Prinz Wilhelm, geradezu Verrath an den Bundesstruppen vorgeworfen wird. Wenn sein Oberer, Prinz Alexander von Hessen, ihm den Befehl zugeben ließ, sich an einem bestimmten Orte aufzustellen, so marschirte er an einen anderen, wo keine Preussischen waren. Die Mißerfolge des 8. Bundesarmee-corps werden größtentheils auf diese Quelle zurückgeführt. —

In Bayern soll die preussische Militärordnung eingeführt werden: keine Stellvertretung, dreijährige Dienstzeit, zwei Landwehraufgebote, bis zum 40. Jahre. Nur eine Aenderung will man vornehmen: alle verheiratheten Männer sollen ins 2. Aufgebot kommen. —

Der Herzog von Nassau hat seine Truppen, 3 Regimenter, in die Heimath entlassen. Er hielt noch eine Ansprache an sie, worin er ihnen seinen Dank für ihre Treue und zugleich die Hoffnung aussprach, sie würden auch in bösen Tagen die alte Mannszucht bewahren. —

Der Herzog von Nassau ist einer der reichsten Fürsten, denn ihm gehört der 9. Theil des Landes, wenn man die Domänen, die eigentlich Staats-eigentum sind, ihm zuspricht. Er hat sie immer als Privateigentum betrachtet und den Einspruch der Kommern verachtet. Jetzt haben sich nun die Stände nach Berlin gewandt und eine Untersuchung beantragt. —

In der preussischen Provinz Sachsen haust die Cholera fürchterlich: In Erfurt ist sie in so bedenklicher Weise verbreitet, daß sowohl in Weimar als auch in Gotha die Abhaltung eines Vogel-schießens verboten worden ist. Auch ist vor der Hand der Einzug der Truppen in Erfurt sistirt. Leipzig hatte in einer Woche bei 48 Geburten 285 Todesfälle. Wenn man bisher annahm, daß die Seuche mehr die niedern Schichten ergreife, weil diese sowohl in ihrer Ernährung als in ihrer Wohnung nicht immer den ärztlichen Vorschriften genügen können, so trifft das in Leipzig gar nicht. Vorzugsweise wohlhabende Leute sind hinweggerafft worden. Die Michaelismesse wird trotzdem abgehalten und hofft man auf starken Absatz. — In Zwickau sind seit dem 25. August 189 Cholerafälle vorgekommen; der Stadtrath hat bis auf Weiteres alle Tanzmusiken verboten, auch wird der auf den 18. d. M. fallende Jahrmarkt nicht abgehalten. In Hohenstein starb am 5. d. M. der Todtengräber, 3 Tage später seine Frau an der Cholera, während weder die Stadt noch die Umgegend einen Cholerafall aufzuweisen hat. —

Das unter dem Vorsitz des Generalmajors Frhrn. v. Reichenstein in Dresden wirkende Directorium des internationalen Vereins zur Pflege verwundeter und erkrankter Soldaten hat unterm 31. August seinen ersten Bericht versendet. Unterstützt ist er worden durch die Provinzialvereine und Comités in 39 Orten Sachsens sowie durch auswärtige Vereine und Comités in Altona, Altenburg, Bremen, Berlin, Gera, Greiz, Hamburg, Kiel, Lützenburg, Osnabrück, Prag,